

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884**

17 (20.1.1884)

# Beilage zu Nr. 17 der Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 20. Januar 1884.

## Badischer Landtag.

\* Karlsruhe, 18. Jan. 21. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorzuge des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstisch: Staatsminister Turban, der Präsident des Finanzministeriums, Geh. Rath Ellstätter, Ministerialrath Seubert, später Geheimerath v. Seyfried und Ministerialrath Dr. v. Jagemann.

Eingelaufen sind:

1) Bitte einer Anzahl von Gemeindevorständen des Elz- und Ringigthaales um Erstellung einer Eisenbahn-Verbindung zwischen Waldkirch und der Schwarzwald-Bahn mit dem Anschlusse bei Hausach;

2) Petition des Gewerbevereins und des Handelsstandes der Stadt Ueberlingen, die Erbauung der Bodensee-Bahn betreffend;

3) unentworfene Bitte der ledigen Magdalena Schairer von Jöhlingen um Entschädigung wegen durch den Eisenbahn-Bau bewirkten Minderwerthes und erlittenen Schadens an ihrem Gasthause zum Hirsch in Jöhlingen, übergeben von dem Abg. Friderich;

4) die Bitte sämtlicher Schmalvieh-Mehger des Großherzogthums wegen Gewichtsbestimmung accispflichtiger Rinder, in gleichem Wortlaut übergeben von den Abgg. Meyr, Friderich, Kiefer, Wacker.

Die Petitionen unter 1 und 2 werden der Kommission für Straßen und Eisenbahnen, die übrigen der Petitionskommission überwiesen.

Der Präsident des Finanzministeriums, Geh. Rath Ellstätter, legt hierauf dem Hohen Hause einen Gesetzesentwurf, die Erhebung einer Brauungssteuer betr., zur Berathung und Zustimmung vor.

Die Diskussion, welche sich an „Staatsministerium“ B. Einnahmen. Tit. I. Antheil am Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer gemäß § 8 des Reichsgesetzes vom 15. Juli 1879, angeschlossen, nahm nach der Rede des Abg. Kirchenbauer, die wir gestern bereits mitgeteilt haben, folgenden Verlauf:

Abg. Schneider (Karlsruhe): Schon gelegentlich der Prüfung der Rechnungsnachweisungen sei von Seiten des Abg. Birkenmeyer und heute wieder vom Abg. Kirchenbauer ein Loblied auf die deutsche Wirtschaftspolitik gesungen und dabei die günstige Lage des Finanzwesens im Reich als das Verdienst gewisser Parteien des Reichstages hingestellt worden. Gegenüber der letzten Behauptung müsse er doch darauf hinweisen, daß auch viele Mitglieder der linken Seite seinerzeit den Schutzollen zugestimmt hätten, und wenn betont werde, daß wir die heutigen Einnahmen aus dem Reich nur dem Umstande zu verdanken hätten, daß seinerzeit die Schutzoll-Partei im Reichstage die herrschende gewesen, so möchte er denn doch entgegenhalten, daß wohl kein Vernünftiger werde behaupten wollen, die stets zunehmenden Ausgaben des Reiches hätten ohne Zölle und indirekte Steuern gedeckt werden können. Die Herren von der Rechten sollten sich überzeugen lassen, daß wir auch dann Zölle und indirekte Steuern haben würden, wenn die mit der dormaligen Wirtschaftspolitik nicht einverstanden Partei die Oberhand hätte, denn auch diese wolle dem Reich, für dessen Einheit sie bereits in den 60er Jahren offen eingetreten sei, gewiß die Existenzmittel nicht entziehen. Allerdings aber würde, falls diese Partei das entscheidende Wort hätte reden können, der Zolltarif wohl ein etwas anderes Aussehen haben als heute. Er wolle nur auf den einen Punkt hinweisen, daß der dormalige Tarif 118 Positionen aufweise, die im Jahre 1880 im Ganzen 400,000 M. ergeben hätten, also der einzelne Posten wenig über 3000 M. Unter diesen Posten befänden sich aber einzelne, die einen geradezu verschwindenden Ertrag geliefert hätten. So Zinkdraht nur 6 M., Bleidraht 12 M., Siebwaren 228 M. Wenn es aber als zweifellos gelten könne, daß jede Zoll-erhöhung für die Betheiligten mit vielen Placereien verbunden sei, dann müsse es als durchaus gerechtfertigt anerkannt werden, wenn das Bestreben der Liberalen dahin gehe, die indirekten Steuern auf wenige, aber einträgliche Artikel zu beschränken.

Zur Besprechung der Kornzölle übergehend bemerkt Redner: Ein konservatives Organ habe jede Gelegenheit wahrgenommen, ihn als Freihändler hinzustellen, in der Hoffnung, ihn dadurch bei den Wählern unmöglich zu machen. — Seine Ansicht gehe dahin, daß der heutige Getreidezoll überhaupt kein Schutzoll, sondern lediglich ein Finanzzoll sei. Auf den Brodpreis übe derselbe keinen wesentlichen Einfluß aus, da die Geschäftsleute sich bemühten, diesen möglichst konstant zu erhalten. — Absolut unmöglich aber sei es, der Landwirtschaft durch Erhöhung der Getreidezölle zu helfen, denn es gehe nicht an, dieselben so enorm zu steigern, daß wirklich fühlbare Mehreinnahmen für die Produzenten unseres Landes erwachsen. — Nur beschränkt richtig sei die Behauptung, daß unser Getreide unverkäuflich sei. Im letzten und vorletzten Jahre sei an der Unmöglichkeit des Getreideabfahrs nicht der Mangel an Absatzgelegenheit, sondern die schlechte Qualität, der schimmelige Geschmack der Frucht schuld gewesen. Kein Schutzoll hätte hier eine Aenderung zu bringen vermocht. — Gute Gerste des Inlandes sei der Bierbrauer stets gern bereit aufzukaufen. — Ein mächtiger Faktor sei es, welcher unseren Getreidehandel nicht zur Blüthe kommen lasse: die Konkurrenz des Auslandes, insonderheit

die Konkurrenz Amerika's. Dieser Konkurrenz die Spitze zu bieten — und das dürfe man sich nicht verhehlen, müsse vielmehr den Muth haben, es offen zu bekennen — sei geradezu unmöglich, kein Schutzoll könne die Landwirthe hiezu in Stand setzen. Es bleibe daher nur übrig, den Bauern den dringenden Rath zu ertheilen, daß sie sich mehr und mehr dem Getreidebau ab- und der Viehzucht zuwenden möchten.

Redner habe bereits erwähnt, daß Zölle und Stempelsteuern unentbehrlich seien. Daß man aber die Zölle, was gewiß nicht zu rechtfertigen, auf eine so große Zahl von Artikeln ausgedehnt habe, das sei nur geschahen in der Absicht, möglichst weite Kreise für dieselben zu interessieren. — Was speziell das jetzt geltende Stempelsteuer-Gesetz anlange, so enthalte dasselbe eine Menge von Unklarheiten, welche geeignet seien, den Geschäftsmann — und namentlich den Bankier — ohne sein Verschulden in Strafe zu bringen. Hätten die Liberalen seinerzeit die Macht in Händen gehabt, so wären jene Gesetze zwar auch erschienen, aber sie würden mit mehr Ruhe und Ueberlegung abgefaßt worden sein.

Was nun seine von Hunderten von Geschäftsleuten getheilte Stellung zu den Schutzollen anlange, so gestehe er, daß er gerne bereit sei, einer lebensfähigen Industrie, deren Weiterentwicklung in Aussicht stehe, insoweit einen Schutzoll zu gewähren, bis sie zur Blüthe gelangt sei. Bei jeder Industrie aber komme einmal der Zeitpunkt, wo die Vertreter derselben sagten: wir wollen keinen Schutzoll mehr. Als ein Beispiel könne unser Kunstgewerbe angeführt werden. Durch die Handelskammern seien im Reich Erhebungen darüber veranstaltet worden, ob dasselbe eines Schutzolles bedürftig sei. Diese Erhebungen hätten ergeben, daß das Kunstgewerbe, das noch vor 10 Jahren schwer darnieder gelegen, heute nicht nur die Produkte des ausländischen Kunstgewerbes aus Deutschland verdrängt habe, sondern jetzt sogar durch seinen Export der französischen Industrie gefährlich werde. — Einstimmig hätten sich darum auch die Vertreter des Kunstgewerbes gegen die Einführung von Schutzollen erklärt. — Ganz ähnlich verhalte es sich in Ansehung der Nähmaschinen-Industrie. Auch hier hätten die deutschen Fabrikate allmählich die amerikanischen verdrängt und auch dieser Industriezweig wolle von Schutzollen nichts wissen. — Der von ihm dargelegte Standpunkt sei der des praktischen Geschäftsmannes. Diesem Standpunkte, der lediglich den praktischen Bedürfnissen Rechnung zu tragen gewillt sei, gehöre die Zukunft. — Wie Redner überzeugt sei, daß der Kulturkampf aus der Welt geschafft werde, so sei er auch überzeugt, daß man mit der Zeit in Fragen der Zollpolitik die extremen Standpunkte verlassen und lediglich durch praktische Rücksichten sich werde leiten lassen. (Beifall.)

Der Abg. Krafft führt — soweit auf der Tribüne verständlich — Folgendes aus: Die zeitweise Wiederkehr wirtschaftlicher Krisen sei unvermeidlich; keine Zollpolitik könne sie fernhalten. — Dermalen mache sich in Handel und Industrie ein Aufblühen bemerkbar, gleichwohl aber sei nicht zu verkennen, daß wir in Ansehung einzelner Industriezweige mit dem Auslande nicht zu konkurriren vermöchten. — Nachdem alle Kulturstaaten ihre Zölle erhöht gehabt, seien naturgemäß die Produkte derselben dahin geströmt, wo der kleinste Widerstand sich gezeigt habe. Dieses Mindestmaß von Widerstand gegen die Ueberfluthung mit ausländischen Erzeugnissen habe bis vor kurzem Deutschland entgegengesetzt. — In Folge davon sei bei uns Arbeitslosigkeit und Abnahme des Konsums eingetreten und viele industrielle Etablissements seien zu Grunde gegangen. Die Verantwortung hierfür treffe das Freihandelsystem. — Erst durch Einführung des Zolltarifs hätten sich die Verhältnisse bei uns etwas günstiger gestaltet. Der Einrichtung der Zölle sei es zu verdanken, daß die Arbeitslosigkeit abgenommen habe, Minderung der Produktionskosten und die Möglichkeit, mit dem Auslande zu konkurriren, eingetreten sei. — Einzelne Zweige, so namentlich die Baumwollindustrie, entbehrten leider noch des so nöthigen Schutzes, immerhin müsse für andere Industrien die Wohlthat der Schutzölle anerkannt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Edelmann: Die Zollpolitik, die ja lediglich bezwecke, lebensfähigen Industrien Deutschlands zur Erhaltung zu verhelfen, habe sich bewährt und bewähre sich noch heute. — Wenn auch vielleicht der eine oder andere Fehler unterlaufen sei, so könne dies eben bei jeder Gesetzgebung vorkommen und der Abg. Schneider gehe sehr weit, wenn er behauptete, die Partei, der er angehöre, würde wohl eine bessere Zollgesetzgebung zu Stande gebracht haben. Seien es doch Schneider's Freunde gewesen, die in den sechziger Jahren die Zollpolitik gemacht und dadurch unsere Industrie geschädigt hätten. — Er bezweifle es, daß die dormalige Zollpolitik günstige Erfolge aufweise und unsere Industrie schütze. — Ein Gesichtspunkt komme bei allen Zollfragen in Betracht, ob man sich in seiner Industrie oder in einzelnen Zweigen derselben vom Auslande abhängig machen wolle oder nicht. Das letztere halte er für höchst gefährlich, da aus einem solchen Verhältnisse, namentlich in Kriegszeiten, bedenkliche Folgen entstehen könnten. Die Beschränkung unseres Getreidebaues bis zur Abhängigkeit vom Auslande sei darum nicht zu empfehlen. — Einen besonders hohen Kornzoll halte auch er nicht für erforderlich, wünsche vielmehr eine Erhöhung nur so weit, als

dieselbe nöthig erscheine, um den Ruin unserer Landwirtschaft zu verhindern. Er und seine Freunde gingen von dem Gesichtspunkte aus, daß man die inländische Industrie nicht durch die Ueberkraft des ausländischen Kapitals herunterdrücken lassen dürfe. — Abgesehen von den beiden nöthigen Finanzzöllen sei unsere Industrie in vielen Zweigen noch des Schutzes bedürftig und nur soweit dies Schutz bedürftig reiche, seien Schutzölle zu gewähren. Dies Verfahren bringe nicht nur der Industrie den größten Vortheil und hindere sociale Mißstände, sondern es kräftige das ganze Volk und mache es minder abhängig vom Auslande.

Für irrthümlich erachte Redner die Anschauung des Abg. Schneider, daß wir nicht in der Lage seien, die Konkurrenz Amerika's bestehen zu können. Allerdings produziere der Farmer äußerst billig, allein nicht jeder Preisunterschied lasse sich sofort verwerthen. Wenn auch die amerikanische Spekulation große Dimensionen annehme und uns mit Getreide überfluthe, so gehe man doch im Kaufe nicht weiter, als das Bedürfniß reiche, und zahle lieber in der Nähe etwas mehr, als daß man seinen Bedarf aus der Ferne beziehe. — Die Spekulation hindere bei uns den Absatz. Im Jahre 1883 sei das Getreide gut gewesen. Seine Beschaffenheit also habe es nicht unverkäuflich gemacht und doch sei der Absatz vielfach geradezu unmöglich geworden. Der Spekulation, welche den Preis drücke, um den Markt in der Hand zu haben, müsse durch Zollerhöhung ein Hemmschuh angelegt werden.

Wie hätte ohne die Einnahmen vom Reich das Defizit gedeckt werden sollen? Etwa durch Erhöhung der direkten Steuern um den fehlenden Betrag? Niemand würde zugestimmt haben. Auch die Erhöhung der indirekten Steuern wäre unmöglich gewesen. Wo also hätte man den Bedarf hernehmen sollen? — Niemand würde einen passenden Vorschlag machen können. — Er wiederhole darum, daß die Zollpolitik für unsere Industrie förderlich gewesen, daß sie der Landwirtschaft zum Schutz gereiche und daß eben darum auch an ihr festzuhalten sei.

Abg. Müller: Auch er könne die Getreidezölle nicht für schädlich erachten. Für ihn seien die Zölle Steuern, die theilweise vom Auslande gedeckt würden. Die Steuern aber würden immer dann leichter, wenn sie sich auf mehrere Schultern vertheilten. Eine Erhöhung des Getreidezolles um das Drei- oder Vierfache werde nicht schädlich wirken, denn der Konsument würde die Steigerung kaum verspüren, dem Vaterlande würden größere Einnahmen zufließen und — was er für Hauptsache erachte — den Landwirthen wäre der Absatz ihres Getreides ermöglicht. Gegenüber dem düsteren Eindruck, den die vergeblichen Anstrengungen des Landwirthes, seine Frucht zu verkaufen, hervorriefen, erschienen die Redensarten, die man heute hie und da gehört, geradezu als Jahn (Bravo rechts). — Aenderungen des Betriebs, rationellere Einrichtung desselben sei nur da möglich, wo ein Nothstand noch nicht vorhanden sei, nicht aber da, wo es in Folge bereits eingetretener Noth an dem erforderlichen Betriebskapitale fehle. — Also mit derartigen Rathschlägen könne nicht geholfen werden. Anders läge die Sache dann, wenn nicht die übrigen Länder sich mit Zollschranken umgeben hätten. So aber — und zumal da unsere Zölle noch verhältnißmäßig nieder seien — trete er für Erhöhung des Kornzolles ein. (Bravo rechts.)

Der Präsident weist darauf hin, daß sich bei Besprechung der landwirthschaftlichen Enquete abermals Gelegenheit geben werde, diese Fragen zu diskutieren.

Abg. Birkenmeyer: Die bisherige Debatte habe im Wesentlichen die dormalige Zollpolitik gerechtfertigt. Das große Erträgniß der Zölle beweise, daß dieselben eine finanzielle Wohlthat sowohl für das Reich, als für unser Land seien. — Wären jene Einnahmen nicht vorhanden, so stünde es schlimm mit unserer Finanzlage. — Allerdings habe man behauptet, daß das Mehrerträgniß nicht sowohl den Zöllen, als vielmehr der erhöhten Tabaksteuer zuzuschreiben sei. Dies sei nicht ohne weiteres richtig, vielmehr seien 61 Millionen den Einzelstaaten aus den Zolleinnahmen zugeflossen. — Der Abg. Krafft habe klar dargelegt, welche große Schädigung die frühere Zollpolitik der Industrie gebracht habe und wie letztere nunmehr ausblühe. — Außer der Industrie müsse aber auch der Landbau geschützt werden und darum erachte er eine Erhöhung der Getreidezölle für gerechtfertigt, wie diese auch bereits in Berichten der Landeskommissionen, die die schlimme Lage der Landwirtschaft schon früher betont, in Vorschlag gebracht worden seien.

Gegenüber den Ausführungen des Abg. Schneider macht Redner darauf aufmerksam, daß gewisse Schutzölle einen hohen Ertrag gar nicht abwerfen dürften, weil sie ja sonst den beabsichtigten Schutz gar nicht gewährten. — Der Abg. Schneider halte es für gerechtfertigt, für lebensfähige Industriezweige Schutzölle zu errichten. Darin stimme er mit demselben überein, halte aber eben aus diesem Grunde dormalen Schutzölle für nothwendig.

Abg. Däublin: Er bedauere, daß bei Erörterung von Fragen, die der Kirchenpolitik so fern lägen, so viel von „hüben“ und „drüben“ gesprochen werde. Aufgabe des Hauses sei es, gewissenhaft zu prüfen, was dem Landwirthes förderlich sei. Wirklich extreme Freihändler und extreme Schutzöllner gebe es nicht. Bei beiden Richtungen handle es sich vielmehr wesentlich nur darum, die Höhe des Zolles zu bemessen und dieselbe je nach Bedarf zu

steigern oder zu ermäßigen. Die Interessen der verschiedenen Bevölkerungsklassen seien gegenseitig sich unterstützende. Nothstand des einen Standes bedinge den Mangel des anderen und den des Staates. Es unterliege keinem Zweifel, daß bei uns der Getreidebau zurückgegangen sei und zu einer Verschlimmerung der Landwirtschaft geführt habe. Der Grund sei der, daß wir der Konkurrenz des Auslandes hier die Stirne zu bieten nicht vermöchten. Amerika besitze trefflichen Boden und erziele den acht- und zehnfachen Ertrag, wir höchstens den sechsfachen. Gleichwohl seien wir nicht in der Lage, den Getreidebau aufgeben zu können. Vermehrung des Futterbaues und Ausdehnung der Viehzucht seien gefährliche Experimente. Gar oft sei der Viehstand nicht zu erhalten, weil die Futtermittel enorm hoch und die Viehpreise nur gering seien. Darum gehe oft der Viehzüchter rascher dem Verderben entgegen als der Getreidebauer. Angezeigt wäre es, dem Fruchtbau etwas unter die Arme zu greifen durch theilweise Entlastung des Grundbesitzes von Steuern und Umlagen und durch Erhöhung der Getreidezölle. Letztere mache die Frucht des Landwirthes verlässlicher, ohne das Brod zu vertheuern. Gesezt aber auch, es trete eine geringe Steigerung des Brodpreises ein, so habe man diese als Prämie dafür anzusehen, daß man heute vor Theuerung und Hungersnoth geschützt sei. (Bravo rechts.)

Der Abg. Strauß befürwortet ebenfalls mäßige Getreidezoll-Erhöhung.

Abg. Klein: Unverkennbar sei die amerikanische Konkurrenz mächtig und werde zusehends mächtiger. Daraus dürfe aber keineswegs geschlossen werden, unser Getreidebau sei aufzugeben, denn das sei absolut unmöglich. Vielmehr sei daraus nur die Pflicht abzuleiten, der Landwirtschaft aufzuhelfen. Dies könne geschehen durch Vervollkommnung des technischen Betriebs, durch bessere Ansaat — kurz durch einen intensiveren Fruchtbau, der bei sich gleichbleibenden Ausgaben das Ergebnis steigere, und durch Minderung der Lasten des Grundbesitzes. In der letztgenannten Maßregel bedürfe man aber des Geldes und dies erhalte man am billigsten in dem Zoll auf ausländisches Getreide. Dieser Zoll sei darum zu steigern, was um so mehr angängig sei, als eine solche Steigerung auf die Brodpreise eine fühlbare Einwirkung nicht haben werde. Er befürworte aus diesen Gründen ebenfalls eine Erhöhung der Getreidezölle.

Abg. Lender: Er konstatire, daß noch niemals in diesem Hause so offen für die Schutzzölle eingetreten worden sei wie heute. Niemand habe ein Fehl aus seinen Sympathien für dieselben gemacht. Diese Thatsache werde draußen Aufsehen erregen und auch auf die Groß-Regierung, die zur Zeit noch als geheim freihändlerisch gelte, ihren Eindruck nicht verfehlen. — Der Abg. Schneider habe darauf hingewiesen, daß nicht nur Zentrum und Konservative für die Zölle eingetreten seien, sondern auch Liberale. Dies sei nicht zu bestreiten. Allein der Abg. Schneider werde doch zugeben, daß sich die überwiegende Mehrzahl der Vertreter der damaligen Zollpolitik nicht aus den Liberalen rekrutire. Redner sei erfreut, daß der Abg. Schneider jener Thatsache Erwähnung gethan, denn bisher seien alle Sünden der Zollreform auf das Konto seiner (des Redners) Partei geschrieben worden. — Auch die „Badische Korrespondenz“ werde, so hoffe er, davon Notiz nehmen, daß die Mehrzahl der Redner ihr Einverständnis mit der Zollreform ausgesprochen hätten.

Im Laufe der Diskussion sei betont worden, daß wir für die Einnahme aus der Tabaksteuer mehr Nachtheil erlitten, als die Reichsüberschüsse uns Vortheile brächten. — Er und seine politischen Freunde im Reichstage hätten sich von Anbeginn gegen die Einführung der Tabaksteuer und gegen Einführung des Tabakmonopols ausgesprochen. — Der Herr Finanzminister habe bei Gelegenheit der Generaldiskussion bemerkt: hätten wir die Einnahmen aus dem Reiche nicht, so müßten eben die zur Begleichung des Budgets erforderlichen Mittel anderweit beschafft werden. — Aber, frage Redner, woher denn?

Daß die Getreidezölle dem armen Manne das Brod vertheueren, sei geradezu eine Phrase. — Sowohl er und seine politischen Freunde, als auch die verbündeten Regierungen hätten diese Anschauung von Anfang an ausgesprochen. Auch denke ja niemand daran, enorme Kornzölle zu befürworten. — Der Abg. Schneider habe mit Recht auf die bedeutende Konkurrenz Amerika's hingewiesen, sowie darauf, daß die veränderten Verkehrsverhältnisse eine Steigerung der Konkurrenz bedingten. Ähnlich liege das Verhältnis auch in Ansehung der Holzölle und es sei für das nächste Jahr ein ganz bedeutender Import an Holz- und Kuchholz aus Rußland zu erwarten.

Die Behauptung, daß das Stempelsteuer-Gesetz den Bankier sehr belästige, sei gewiß richtig. Auch sei zuzugeben, daß bezüglich desselben im Reichstage eine große Konfusion geherrscht habe, und zwar auch bei den Vertretern der Regierungen. Ob aber diese Gesetzgebung weniger mangelhaft ausgefallen wäre, wenn die Majorität des Reichstages liberal gewesen, wolle er nicht behaupten. Thatsache sei jedenfalls, daß in jetziger Zeit eine Menge von Gesetzen votirt werde, die der liberale Vorbedacht geschaffen.

Redner gebe gerne zu, daß der Schutz Zoll niemals Intereffenzoll sein solle, auch daß der Zolltarif viele Bestimmungen enthalte, die unter dem Eindruck der Interessen getroffen worden seien. Er begrüße die Aeußerung des Abg. Schneider, daß sich künftig auf volkswirtschaftlichem Gebiete eine Mehrheit ergeben werde, die, abhold dem Doktrinarismus, den praktischen Bedürfnissen das Wort reden werde. Angesichts der Niederlage des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft aber wäre es eine Sünde gewesen, den freihändlerischen Fluthen keinen Damm zu setzen. Auch auf dem Gebiete des Gewerbes werde sich die Erkenntniß Bahn brechen, daß man vor Allem für

Die sorgen müsse, die dem Vaterlande Steuern, ja sogar ihr Leben dahin geben.

Im Laufe der Debatte sei ein Zwischenruf erfolgt, der die preussischen Gutsbesitzer als bei Erhöhung der Kornzölle besonders interessirt bezeichnet habe. Redner theile nicht den Standpunkt der Agrarier im eigentlichen Sinne des Wortes. Zugutegeben aber sei, daß diese Produzenten wenigstens deutsche Reichsbürger seien und wenn es sich darum handle, ob Deutsche größere Einnahmen haben sollten oder aber auswärtige Börsenspekulanten, dann wisse Redner, auf wessen Seite er sich zu stellen habe.

Man habe wiederholt die Forderung nach rationellerer Gestaltung des landwirthschaftlichen Betriebes betont. Diese rationellere Gestaltung gehöre zum großen Theil in das Bereich der Doktrin. Für unsere kleinen Verhältnisse sei namentlich schon durch die Thätigkeit der landwirthschaftlichen Centralstelle sehr vorteilhaft eingewirkt worden. Das ceterum censeo müsse sein: rationeller Betrieb auf der einen, aber auch Entlastung des kleinen Betriebs auf der anderen Seite. Redner gebe für die ganze landwirthschaftliche Enquete nichts, wenn sie nicht zu der Erkenntniß führe, daß der Lasten zu viele auf den Schultern des kleinen und mittleren Bauernstandes ruhen. (Beifall rechts.)

Abg. Kopper: Er sei weder extremer Freihändler, noch extremer Schutzzöllner, vielmehr der Ansicht, daß man von Fall zu Fall erwägen müsse, was fromme. — Der Abg. Kirchenbauer, der für eine Erhöhung der Getreidezölle eingetreten sei, scheine sich ihm bei seinen Ausführungen in einen gewissen Widerspruch verwickelt zu haben. Jedenfalls sei es unrichtig, wenn derselbe behauptete, eine Erhöhung der Getreidezölle werde ohne Einfluß bleiben auf die Brodpreise. — Auch er sei geneigt, der darniederliegenden Landwirtschaft aufzuhelfen, allein ein Irrthum sei es, zu glauben, daß die erforderliche Hilfe durch Erhöhung der Getreidezölle gebracht werden könne. — Von Seiten des Abg. Edelmann sei erklärt worden, wir müßten uns gegen die Getreideüberfluthung durch das Ausland wehren. In Wahrheit aber werde ja bei uns das für den eigenen Bedarf erforderliche Getreide nicht einmal produziert, so daß Zulauf von außen nöthig falle. Erhöhe man also die Zölle, so vertheure man ja dem Bauer selbst das Brod. — Der Abg. Klein habe ausgeführt, Amerika müsse sein Getreide jedenfalls absetzen, erhöhe man den Zoll, so werde das amerikanische Getreide billiger. Allein er müsse dem entgegenhalten, daß dann das amerikanische Getreide doch in das Land komme, und dann wäre wieder nicht geholfen.

Der Präsident bringt hierauf einen von den Abgg. Wittmer, Roder, Burg unterzeichneten Antrag auf Schluß der Debatte zur Abstimmung. — Derselbe wird abgelehnt.

Der Abg. Flügel hätte gerne von Anfang an den Getreidezoll auf das Doppelte des dermaligen Betrages angegezt gesehen und ist auch heute noch für eine Verdoppelung desselben in der Ueberzeugung, daß durch dieselbe Niemand werde belastet, der Landwirtschaft aber aufgeholfen werden.

Abg. Pflüger: Er stehe in Ansehung der Zollfrage auf dem gleichen Standpunkt wie der Abg. Schneider. — Nach seiner Auffassung habe der Abg. Kirchenbauer mit Unrecht die indirekten Steuern verherrlicht, denn gerade sie drückten besonders stark den armen Mann, wie z. B. die Salzsteuer beweise. — Man habe auch behauptet, der neue Zolltarif stärke den Wohlstand des Landes. Das sei nicht richtig, derselbe erhöhe nur den Wohlstand einzelner Klassen, keineswegs aber den der Mehrheit. — Die liberale Partei habe den Zolltarif seiner Zeit durchaus nicht verpflücht, letztere habe vielmehr in den 40r, 50r und 60r Jahren den Wohlstand der Industriellen begründet. — Auf die Kornzölle übergehend, führt Redner aus, daß durch Erhöhung der Landwirtschaft absolut nicht geholfen werden kann. Wollte man eine für den Getreideproduzenten wirklich bemerkbare Steigerung herbeiführen, so müßte man dieselbe auf eine Höhe bringen, welche zu verantworten Niemand in der Lage sei. — Eben weil eine solche Steigerung unthunlich erschiene, müsse man dem Landwirth rathen, nicht mehr Getreide zu produziren, als er für seinen Haushalt nöthig habe. Aenderung des Betriebs sei, wie er bereits wiederholt betont, den Landwirthem dringend zu empfehlen, um so mehr als unser Weizen ja nur mit fremdem Weizen vermischt veräußert sei. Die Enquete über die Lage der Landwirtschaft thue dar, daß keine 10 Proz. unserer Bauern so viel Korn produzirten, daß sie davon verkaufen könnten. Soll nun um dieser 10 Prozent willen die ganze Bevölkerung mit einer drückenden Last beschwert werden?

Wenn endlich der Abg. Edelmann die Frage aufgeworfen habe, wie man ohne die Zölle den Budgetausfall hätte decken können, so wolle er ihn auf die Vektüre der Reichstags-Debatten über die Branntweinsteuer und Zucker-enquete verweisen, welche deutlich zeigten, wo man ansetzen müsse, um weitere Einnahmequellen zu erlangen.

Abg. Kiefer: Die heutige Verhandlung habe einen bedeutenden politischen Hintergrund. — Zu verwundern sei es nicht, wenn bei Revision des Zolltarifs manche Fehler vorgekommen seien, denn für die große Mehrzahl der Mitglieder des Reichstags, die nicht schon seit lange dem preussischen Landtage angehört hatten, sei die Aufgabe völlig neu und außerordentlich schwierig gewesen. Die liberale Partei habe am meisten Anstoß daran genommen, daß man den Zolltarif aufgestellt habe, ohne die nöthigen konstitutionellen Garantien, d. h. ohne der Volksvertretung die Möglichkeit erneuter Prüfung der Nothwendigkeit der Zölle und ihrer Höhe zu gewähren. In England habe man im Gegensatz hiezu eingesehen, daß die Volksvertretung in so schwerwiegenden volkswirtschaftlichen Fragen dauernden Einfluß haben müsse. Redner habe sich stets für die Lage der Landwirtschaft interessirt und den Wählern dargelegt, daß derselben aufgeholfen werden müsse. Noth-

wendig sei, sich in dieser Frage klar zu machen, daß man den Gesetzen der Weltwirtschaft Rechnung tragen müsse, d. h. der Thatsache, daß das konkurrenzfähige Amerika weit billiger produziere, als unser Land, und daß die Verkehrsverhältnisse in der Entwicklung wesentlich fortgeschritten seien. — Redner habe noch von Niemanden gehört, wie hoch eigentlich der Kornzoll gesteigert werden solle, jedenfalls aber wolle er nicht unterlassen, daran zu erinnern, daß man auch die Arbeiter und die Industriellen, denen man durch Erhöhung der Kornzölle eventuell das Brod vertheure, nicht entbehren könne. Maßgebend sei ihm in der vorliegenden Frage, was der bedeutende Volkswirtschafts-Lehrer Schäfer über dieselbe sage. Der Inhalt der einschlagenden Stelle sei, daß der hohe Kornzoll und Kornpreis alle jene Bauernfamilien beschwere, die Korn regelmäßig zuzukaufen genöthigt seien. Für diese und die gesammte industrielle Bevölkerung sei er eine schwere Bedrückung, bewirke Brodvertheuerung und hindere weiteren Aufschwung. Nur der Großgrundbesitzer gewinne bei dem Kornzoll. — Aus diesem Anspruch gehe jedenfalls hervor, daß das Gebiet der Kornzölle mit der allergrößten Vorsicht zu behandeln sei und daß man sich nicht von dem Boden der Gemeinlichkeit der Interessen Aller entfernen dürfe. — Mit Recht habe der Abg. Pflüger die Schnapsbesteuerung berührt. Wolle man Wohlthäter sein und unsern Finanzen aufhelfen, dann müsse man nach Einnahmen nicht bei denen suchen, die ihr Brod kaufen müssen, sondern bei den Schnapsbrennereien der preussischen Großgrundbesitzer. — Auch er sei bereit, den Landwirth zu helfen, warne aber vor Einseitigkeit des Vorgehens.

Abg. Lohr: Die Zölle seien nicht nur da, die Industrie zu schützen, sie bildeten auch eine Einnahmequelle des Staates. Wären die Zölle nicht vorhanden, so hätte man vor zwei Jahren nicht die Grund- und Häusersteuer um zwei Pfennige herabsetzen können, — auch wären ohne sie neue Steuern nöthig, um die Matricularbeiträge erschwigen zu können. Gegen eine Erhöhung der Schnapssteuer erklärt sich Redner unter der Motivirung, daß eine solche in erster Linie den ärmsten Mann treffen würde.

Hierauf Schluß der Debatte.

Der Berichterstatter Abg. Krausmann verzichtet auf das Schlußwort.

Es folgt die Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Groß- Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Tit. VII der Ausgabe und Tit. I der Einnahme. — Berichterstatter ist der Abg. Blattmann.

Der „ordentliche Etat“ des Tit. VII, „Strafanstalten“, gab zu einer Diskussion keinen Anlaß.

Beim „außerordentlichen Etat“ des gleichen Titels spricht der Abg. Schmitt (Bruchsal) zu § 1 „Landesgefängniß und Weiber-Strafanstalt Bruchsal“ den Wunsch aus, es möge bei Ausführung der beabsichtigten Hauptausbesserungen in diesem Gebäude darauf Bedacht genommen werden, daß durch Änderungen der Feuerungseinrichtungen den Umwohnern der Anstalt in Zukunft die oft geräthete und auch in der Lokalpresse wiederholt geklagte Belästigung durch Rauch erspart bleibe.

Groß-Regierungskommissar Ministerialrath Dr. v. Jagemann: Ein Mißstand in der Richtung sei bisher nicht vorgebracht worden, es werde aber der Gegenstand geprüft werden.

Zu § 3 „Landesgefängniß Freiburg“ sind seitens der Groß-Regierung zur Erstellung eines Doppelhauses für Gefängnißaufseher 22,000 M. angefordert. Die Kommission beantragt für diesen Zweck nur 20,000 M. zu bewilligen.

Der Abg. Kopper führt zu dieser Position aus: Man habe Anfangs beziehungsweise Mitte der sechziger Jahre, also zu einer Zeit, wo das Bauen viel theurer gewesen, auf der Rheinau Doppelhäuser mit je 4 Arbeiterwohnungen mit einem Bauaufwand von 14,000 M. erstellt, es sei darum zu erwarten, daß es der Regierung gelingen werde, mit dem von der Kommission zur Genehmigung empfohlenen Betrage von 20,000 M. Wohnungen für 6 Aufseherfamilien zu erstellen.

Groß-Regierungskommissar Ministerialrath Dr. v. Jagemann: Auch der Groß-Regierung kann es nur erwünscht sein, wenn dies gelingen sollte.

Der in das Budget als Bedarf eingestellte Betrag von 22,000 M. gründe sich auf schon mehrfach angewandte Normalpläne und Voranschläge der Baudirektion. Man werde übrigens bei nächster Gelegenheit die Arbeiterwohnungen auf der Rheinau gern einsehen und versuchen, ob der Wunsch der Kommission zu erfüllen sei.

Der Abg. Fischer ist mit dem Antrage der Budgetkommission unter der Voraussetzung einverstanden, daß die in Folge der vorgeschlagenen Aenderung des Satzes wohl zweifellos eintretende Vereinfachung der Ausstattung der projektirten Aufseherwohnungen nicht dem ganzen umliegenden Stadttheile zur Unzieder gereiche.

Abg. Friderich: Für die Budgetkommission könne die Lage der Aufseherwohnungen nicht entscheidend sein, dieselbe müsse vielmehr darnach trachten, daß überall nur die bescheidensten Mittel bewilligt würden. Der Groß-Regierung werde es im vorliegenden Fall um so eher möglich sein, billig zu bauen, als sie zur Ausführung der Wohnungen Kräfte aus der Anstalt selbst verwenden könne.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Kopper schließt die Diskussion. Tit. II der Einnahmen wird nach den Anträgen der Kommission ohne Debatte angenommen. Die Kreditreste der früheren Perioden werden im Einklang mit den Vorschlägen der Budgetkommission aufrecht erhalten.

Vor Schluß der Sitzung gibt der Präsident noch dem Hause Kenntniß, daß seitens der Abtheilungen in die Kommission zur Berathung der Motion der Abgg. v. Buol u. Genossen gewählt wurden die Abgg. v. Buol (I. Abth.),

Müller (II. Abth.), v. Feder (III. Abth.), v. Neubronn (IV. Abth.), Vogelbach (V. Abth.).  
Hierauf Schluß der Sitzung.

**14te Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 21. Januar, Vormittags 10 Uhr.** 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über die Nachweisung der in den Jahren 1881 und 1882 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung. Berichterstatter: Geheimrath Knies. 3) Berichterstattung eventuell Berathung über den Gesetzesentwurf, die Abänderung des Gesetzes vom 25. August 1876, über die Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer betreffend. Berichterstatter: Geheimrath Knies. 4) Berichterstattung eventuell Berathung über den Gesetzesentwurf, die Rechtsverhältnisse der an Lehr- und Erziehungsanstalten von Korporationen oder Stiftungen verwendeten Volksschul-Kandidaten betreffend. Berichterstatter: Prälat Doll.

## Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 19. Januar.

Schm. (Mittheilungen aus der Stadtraths-Sitzung vom 17. Jan.) Der Verwaltungsrath der Freiwilligen Feuerwehr theilt mit, daß acht Feuerwehrmänner die 20-jährige Dienstzeit zurückgelegt hätten, welchen die von der Stadtgemeinde gestiftete Erinnerungsmedaille nebst Diplom am 1. März zu überreichen wäre. Gleichzeitig wird um unentgeltliche Ueberlassung der Festhalle zur Abhaltung einer Abendunterhaltung an genanntem Tag nachgesucht. Es wird beschlossen, die erforderlichen Medaillen und Diplome fertigen zu lassen und die Festhalle nach Wunsch zur Verfügung zu stellen. — Ein Stipendium der Geheimrath Bierordt-Stiftung wird dem Studirenden am Polytechnicum Otto Lang von Freiburg zuerkannt. — In Folge Vernehmung der Polizeimannschaft um 5 Mann erhöht sich der jährliche Beitrag, welchen die Stadtkasse an den Staat zu leisten hat, von 43,208 Mark auf 46,833 Mark. — Das Großh. Bezirksamt theilt einen Erlaß des Großh. Ministeriums des Innern mit, wonach der von einer Anzahl Grundeigentümer gegen das Ortsstatut über den Bezug zu den Kanalisationskosten eingelegte Rekurs abschlägig verchieden wurde. — Herr Stadtrath Böhring wird an Stelle des verstorbenen Stadtraths Glaser zum Mitglied der Kommission der sog. Bürgerwitwen-Kasse ernannt. — Das Großh. Amtsgericht theilt dem Stadtrath mit, daß Waisenrichter Lauer mit Tod abgegangen sei, und schlägt vor, den Waisenrichter-Dienst in hiesiger Stadt künftig von nur zwei Waisenrichtern besorgen zu lassen, hält jedoch die Aufstellung einer weiteren Persönlichkeit als stellvertretender Waisenrichter für notwendig. Der Stadtrath erklärt sich mit dem Vorschlage einverstanden und schlägt als stellvertretenden Waisenrichter den seitherigen Ausrufer Louis Ph. Dressler vor. — Ein Besuch des Herrn W. P. Goldschmidt um Erlaubniß zum Betrieb einer Gastwirtschaft im Hause Kriegsstraße Nr. 40 e. wird Großh. Bezirksamt unbeanstandet vorgelegt.

Schm. (In der Baukommission-Sitzung vom 7. und 14. Januar sind folgende Baugesuche zur Genehmigung befürwortet worden: Klumpp, R., Solotänzer, ein Neubau, Ecke der Kaiser- und Schöffelstraße, mit 3 Stockwerken und 14 Zimmern; St. Vinzenzshaus, ein Seitenbau, Ecke der Kriegs- und Karlsstraße, mit 3 Stockwerken und 5 Zimmern; Kuehly, G., Zimmermeister, ein Neubau an der Mühlburger Allee, mit 3 Stockwerken und 16 Zimmern; Derselbe, ein Neubau daselbst, mit 3 Stockwerken und 18 Zimmern; Müller, Max, Buchhändler, ein Neubau (Ersatzbau), Vammstraße Nr. 4, mit 4 Stockwerken und 27 Zimmern; Walber, J., Zimmermeister, ein Neubau, Wilhelmstraße Nr. 43, mit 4 Stockwerken und 12 Zimmern; Vog, Aug., Schreiner, ein Neubau, Vestingstraße Nr. 17, mit 4 Stockwerken und 18 Zimmern; Fed, Louis, Bierbrauer, ein

## Handel und Verkehr.

### Handelsberichte.

**Verloosungen. Anhalt-Deutsche 100 Thlr. Loose vom Jahre 1887.** Ziehung am 15. Januar. Auszahlung am 1. April 1888. Hauptpreise Nr. 10751 a 30,000 M. Nr. 10794 a 4500 M. Nr. 6293 a 3600 M. Nr. 11423 a 2400 Mark.

**Stadt Bari 100 Fr. Loose vom Jahr 1869.** Ziehung am 10. Januar. Auszahlung am 10. Juli 1884. Hauptpreise: Serie 388 Nr. 64 a 50,000 M. S. 796 Nr. 61 a 2000 Fr. S. 855 Nr. 98 a 1000 Fr. S. 71 Nr. 13, S. 550 Nr. 47 a 600 Fr. S. 168 Nr. 12, S. 707 Nr. 58, S. 708 Nr. 23 a 200 Fr.

**Berlin, 18. Jan. Deutsche Reichsbank.** Ueberzicht am 15. Januar gegen den 7. Januar. Aktiva. Metallbestand 576,025,000 M., + 14,210,000 M.; Reichs-Kassenscheine 22,102,000 M., + 2,125,000 M.; andere Banknoten 16,428,000 M., + 1,992,000 M.; Wechsel 399,777,000 M., - 44,731,000 M.; Lombardforderungen 48,176,000 M., - 19,738,000 M.; Effekten 20,066,000 M., - 4,925,000 M.; sonstige Aktiva 25,991,000 M., - 502,000 M. Passiva a. Grundkapital 120,000,000 M., unverändert; Reservefond 19,256,000 M., unverändert; Notenumlauf 760,102,000 M., - 46,057,000 M.; sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten 199,140,000 M., - 6,165,000 M.; sonstige Passiva 660,000 M., - 253,000 M.

**London, 17. Jan. Wochenausweis der englischen Bank gegen den Ausweis vom 13. Januar.**  
Totalreserve . . . 12,096,000 Pf. St., + 524,000 Pf. St.  
Notenumlauf . . . 25,154,000 Pf. St., - 466,000 Pf. St.

Neubau (Ersatzbau), Kaiserstraße Nr. 13, mit 4 Stockwerken und 14 Zimmern.

H (Dementi.) Ein Berliner Börsenblatt hatte, um seinen Bedarf an Sensationsartikeln zu decken, kürzlich die Nachricht gebracht, daß bei einem Postamte in Berlin 14 oder 15 Bedienstete wegen Unterschleifen verhaftet worden seien. Obgleich diese unaechterliche Nachricht sofort von Berlin aus dahin richtig gestellt worden ist, daß nur zwei Postbedienstete in Untersuchung genommen seien, so sah doch die kleinen Blätter mit der Verbreitung jener frivolen Nachricht fort, ohne sich die Mühe der späteren Richtigstellung zu geben, das wäre ja so langweilig und lohnte sich nicht. Der Fall liefert für die täglich zu bemerkende bedauerliche Methode ein drastisches Beispiel.

**Mannheim, 17. Jan. (Fernsprecheinrichtungen.)** Bekanntlich ist vor einiger Zeit eine telephonische Verbindung Frankfurt mit den benachbarten Städten Mainz, Hanau, Offenbach, angeregt worden. Auch die hiesige Handelskammer beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 3. ds. mit der Frage einer Verbindung mit Frankfurt a. M., eine Angelegenheit, die bekanntlich schon bei der allerersten Einführung des Fernsprechers am Plage sehr eingehend in hiesigen kaufmännischen Kreisen erwogen wurde. Nach Ansicht der Kammer dürfte für die Entfernung der Städte Mannheim-Frankfurt (88 km) die seit kurzer Zeit zwischen Berlin und Magdeburg (20 Meilen) eingeführte, wie man hört sich sehr gut bewährende Verbindungsort sich eignen. Dort hat die ganze Einrichtung das Reich hergestellt, die Magdeburger Kaufmannschaft hat dazu nur eine Zelle (im Werthe von 600 M.) gestellt. Täglich zwischen 12 bis 3 Uhr wird der Dienst durch einen Beamten versehen und kostet jedes Sprechen während 5 Minuten 2 M. — Die Kammer hat beschlossen, geeignete Schritte zu thun, daß nach dieser Richtung mit der kürzeren Entfernung entsprechend billigeren Tarifen eine solche Einrichtung für unsern Platz beschafft werde, die ganz besonders auch der seit jüngster Zeit eingeführten täglichen Effektenbörsen-Verammlung sowie vielen Geschäftsleuten zu Gute kommen würde.

**s. Rastatt, 18. Jan.** Zur Erinnerung an die ewig denkwürdigen Schlachtstage bei Vörsch und an den Tag der Kaiserproklamation am 15., 16., 17. und 18. Januar 1871 hielt gestern Abend der hiesige Militärverein ein zahlreich besuchtes Bankett ab, das einen anziehenden Verlauf nahm. Die von Oberamtmann Zahn auf Kaiser und Reich, Vereinsvorstand Kränkel auf den Großherzog, Buchdrucker Billin auf General v. Werder, Professor Sidenadel auf die Streiter von 1870/71 und das deutsche Heer ausgebrachten Trinkbrüche fanden begeisterten Wiederhall in den Herzen der Zuhörer. Ein Streichquartett der Musik des 14. Fuß-Artillerie-Bataillons währte noch durch hübsche Vorträge den gemüthlichen Abend.

**Offenburg, 18. Jan. (Feuer. Bankett.)** Heute früh 5 Uhr brach in der Cigarettenfabrik von Schirmann auf bis jetzt unklärte Weise Feuer aus. Dem raschen Eingreifen der Feuerwehr ist es zu danken, daß das Feuer auf seinen Herd beschränkt blieb. — Gestern Abend fand zur Erinnerung der denkwürdigen Schlacht bei Vörsch ein von dem Militärverein Offenburg veranstaltetes Bankett statt, das sich einer äußerst großen Theilnahme zu erfreuen hatte.

**Freiburg, 17. Jan. (Schenkung. Kirchliches. Arbeiter-Verammlung.)** Hr. Dr. Emil Riebeck, ein früherer Schüler unserer Universität, hat die auf seiner letzten großen Reise um die Welt gesammelten Reptilien, 286 an der Zahl, dem Direktor der hiesigen Anatomie, Hrn. Prof. R. Wiedersheim, zum Geschenk gemacht und letzterer verlehrt nicht, die werthvolle, zum Theil aus ganz neuen Arten bestehende Sammlung seinem Institut einzubringen. Die in dieser lebenswichtigen Schenkung des Hrn. Dr. Riebeck sich auszeichnende treue Anhänglichkeit an unsere Universität verdient die wärmste und dankbarste Anerkennung. — Die hiesigen evangel. Einwohner sind auf nächsten Sonntag zu einer allgemeinen Versammlung in die Harmonie eingeladen, um über Anträge eines Komite's in Betreff der Einrichtung eines Pfarrats in der Wiehre und Gründung einer

zweiten Pfarrei Beschluß zu fassen. Da die Seelenzahl der evangelischen Gemeinde auf 9000 angewachsen ist, so zeigt sich die Pfarre nicht mehr groß genug und für die pfarramtlichen Geschäfte bedarf es einer weiteren Kraft. — Der Vorstand des hiesigen Bezirks-Schützvereins für entlassene Strafgesangene veröffentlicht seinen ersten Rechenschaftsbericht über seine Thätigkeit für die Zeit von Anfang Juli bis Ende Dezember. Darnach beträgt die Zahl der Mitglieder 324; die Höhe der Jahresbeiträge bewegt sich zwischen 50 Pf. bis zu 50 M. Die erstmalige Erhebung derselben ergab die Summe von 505 M. Bei der hiesigen Sparkasse wurden davon 500 M. verjählich angelegt. Die Ausgaben belaufen sich auf 391 M., so daß ein kleiner Kassenvorrath von 13 M. übrig bleibt. Von den 33 Schützlingen, die der Verein in den Bereich seiner Fürsorge gezogen hat, erhielten die einen Arbeit und Unterkommen, andere Unterstützungen verschiedenster Art. Der Bericht vermeldet, daß unter jenen 33 Personen von 17 behauptet werden könne, daß sie der Fürsorge und Hilfe sich sehr würdig erweisen und ihren Dank durch Wohlverhalten an den Tag legen. — Gestern Abend fand im Gasthaus „zum Lamm“ eine von etwa 150 Personen besuchte Arbeiter-Verammlung statt, in welcher eine Petition an den Stadtrath beschlossen und von den Anwesenden unterzeichnet wurde, dahin gehend, daß städtische Erdarbeiten nicht an Altkandanten, welche meist Italiener anstellen, vergeben, sondern hiesigen Arbeitern zugewiesen würden. Besonders wurden die Erdarbeiten beim neuen Schlachthaus dabei in's Auge gefaßt.

**XX Aus dem Wiesenthal, 17. Jan. (Die Schöpfheimer Sparkassen-Gesellschaft)** hat beschlossen, daß aus den Ueberschüssen zwei Prozent als Dividende zur Verteilung gelangen sollen; vom übrigen soll die Hälfte dem Reservefond zugewiesen werden, die andere Hälfte soll der Schöpfheimer Badeanstalt zugut kommen in der Weise, daß an vier Wochentagen Freibäder für Arme bewilligt werden. Was übrig bleibt, fließt der höheren Bürgerschule in Schöpfheim zu behufs Anschaffung geeigneter Lehrmittel.

**Konstanz, 16. Jan. (Schwurgericht.)** Vierter fünfster Fall. In geheimer Sitzung wurde heute Vormittag die Anklage gegen G. G. S. H. von Emmingen ab G. G. wegen Nothzucht-Beruchs verhandelt. Der Angeklagte wurde von den Geschworenen des ihm zur Last gelegten Verbrechens unter Annahme mildernder Umstände schuldig erklärt und vom dem Gerichtshofe zu 6 Monaten Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren verurtheilt.

Nachmittags saß der ledige Bäder Johann Dierling von Oberbichlingen auf der Anklagebank. Er ist beschuldigt, am 22. Oktober v. J. einen Vorrath landwirthschaftlicher Erzeugnisse, nämlich 30 Hentner Stroh, im Werth von 45 Mark, die dem Jakob Jäger in Unterbichlingen gehörten, vorzüglich in Brand gesteckt zu haben. Am 22. Oktober v. J. (Kirchweih-Montag) kam der Angeklagte nachmittags zu der Tochter des Jakob Jäger in die Küche und verlangte einen Schnaps; diese meinte, er solle Bier bezahlen, und als er ein 50-Pf.-Stück hinlegte, steckte sie es im Spieß mit dem Bemerkten ein, das wollten sie am nächsten Jahrmakt in Messkirch mit einander trinken. Er forderte dann das Mädchen mit dem Bemerkten zur Herausgabe des Geldstücks auf, daß er sonst ihrem Vater etwas antue. Das Mädchen ging darauf nicht ein. Der Angeklagte ging dann in das Wirthshaus, erzählte dort die Geschichte mit den 50 Pf. und setzte dazu, „er wolle es ihnen aber schon eintränken“. Um 9 Uhr verließ er das Wirthshaus und gleich darauf stand ein in kurzer Entfernung vom Wirthshause auf der Dittstraße stehender, dem Jäger gehöriger Wagen voll Stroh in Flammen und brannte auch total nieder. Jene Drohung und der Umstand, daß der Angeklagte von dem Wagen wieder gegen das Wirthshaus zugehend gesehen wurde, lenkten den Verdacht sofort gegen ihn. In der Anklage hat er denn die That auch zugestanden. Er war, wie er behauptet und von den Zeugen bestätigt wird, stark betrunken. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage unter Annahme mildernder Umstände, die auch von dem Staatsanwalt befürwortet worden waren. Urtheil: gemäß § 308 R. St. G. — 6 Monate Gefängnis.

Baarvorrath . . . 21,500,000 Pf. St., + 68,000 Pf. St.  
Voreinstelle . . . 21,257,000 Pf. St., - 1,851,000 Pf. St.  
Privatguthaben . . . 24,962,000 Pf. St., - 1,379,000 Pf. St.  
Staatskassenguthaben . . . 4,798,000 Pf. St., - 522,000 Pf. St.  
Notenreserve . . . 11,281,000 Pf. St., + 446,000 Pf. St.  
Reservefondsicherheit . . . 14,455,000 Pf. St., - 500,000 Pf. St.

Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven 40,39 Prozent gegen 36,49 Prozent in voriger Woche. — Der Bank von England wurden während der Woche per Saldo 249,000 Pf. St. zum Export empfangen.

**Mannheim, 17. Jan.** Von dem Großh. Hauptzollamt wurden in der Woche vom 6. bis 13. Januar (das Mehr oder Weniger dieser Woche verglichen mit der Korallewoche des Vorjahres in Klammern) abgefertigt in Kilogr.: Zufuhr 3,757,080 (- 2,660,875), wovon 3,244,508 vom Ausland. Weizen 2,942,130 (- 2,763,363), Roggen 35,275 (- 26,301), Gerste 96,740 (+ 86,740), Hülsenfrüchte 10,358 (- 29,742), Samen 257,077 (- 139,880), Gries 10,000 (+ 10,000), Wehl 400,000 (+ 290,171), Kollgerste 5,500 (+ 5,500). Abfuhr 1,229,326 (+ 313,552), wovon 1,029,432 nach dem Ausland, Weizen 1,089,894 (+ 249,334), Mais 108,932 (- 78,672), Hülsenfrüchte 30,500 (- 14,454). Der Bahnverkehr bezifferte sich auf 4,513,540 (- 1,245,650) Versand, Weizen 3,840,250 (- 1,131,050), Roggen 224,400 (+ 44,400), Gerste 40,000 (+ 30,000), Hafer 15,050 (+ 9,950), Hülsenfrüchte 100,550 (+ 44,400), Mais 114,000 (+ 53,750), Kleesaat 20,470 (+ 7,970), Delfaat 158,220 (- 300,070). Nach dem Ausland gingen davon 1,212,470, der Empfang betrug 418,040 (+ 127,490), davon 40,100 vom Ausland, Weizen 97,100 (- 78,400), Gerste 185,000 (+ 155,000), Hafer 90,750 (+ 30,750), Hülsenfrüchte 20,190 (+ 190), Kleesaat 15,000 (+ 9,950), Delfaat 10,000 (+ 10,000). Der Vorrath an Petroleum war 13,203 (+ 10,449) Fässer, es kamen dazu 924

(- 4,834), gingen ab 2,437 (- 178), so daß ein Vorrath von 11,690 (+ 5,793) bleibt. Testproben wurden 9 vorgenommen.

**Wien, 18. Jan.** Weizen loco hiesiger 19.—, loco fremder 19.20, per März 17.80, per Mai 18.20. Roggen loco hiesiger 14.70, per März 13.80, per Mai 14.30. Rüböl loco mit Faß 85.50, per Mai 84.40. Hafer loco hiesiger 14.50.

**Bremen, 18. Jan. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.)** Standard white loco 8.50, per Febr. 8.50, per März 8.60, per April 8.70, per August-Dezember 9.35. Matt. Bodenablieferungen 27819 Barrels. Amerik. Schweißemaschinen Wilcox nicht bezollt 45.

**Paris, 18. Jan.** Rüböl per Jan. 81.20, per Febr. 79.70, per März-April 79.20, per Mai-Anfang 78.50. Stills. — Spiritus per Jan. 44.20, per Mai-Aug. 46.70. Weichend. — Acker, weißer, disp. Nr. 3, per Jan. 54.—, per Mai-Aug. 56.—. Weichend. — Wehl, 9 Sorten, per Jan. 47.70, per Febr. 48.20, per März-April 49.60, per März-Juni 50.50. Träge. — Weizen per Jan. 22.90, per Febr. 23.20, per März-April 23.60, per März-Juni 24.10. Stills. — Roggen per Jan. 15.—, per Febr. 15.20, per März-April 15.50, per März-Juni 16.20. Stills. — Wetter: bedekt.

**Antwerpen, 18. Jan. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.)** Stimmung: Matt. Raffinirt. Loco weiß, disp. 21/8.

**New-York, 17. Jan. (Schlußbericht.)** Petroleum in New-York 9 1/2, dto. in Philadelphia 9 1/2, Wehl 3 1/2. Rother Winterweizen 1.03 1/2, Mais (old mixed) 62, Havanna-Buder 5 1/2, Kaffee, Rio good fair 12 1/2, Schmalz (Wilcox) 9 1/2, Speck 8 1/2. Getreidefracht nach Liverpool 4.

Baumwoll-Zufuhr 16,000 B., Ausfuhr nach Großbritannien 19,000 B., dto. nach dem Continent 1000 B.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Zerk in Karlsruhe.

## Frankfurter Kurse vom 18. Januar 1884.

Staatspapiere.	Schwed. 4 in Wk. 98 1/2	4 Pfälz. Nordbahn fl. 98 1/2	5 Borsalberger fl. 87 1/2	3 Oldenburger Thlr. 40	Dollars in Gold 4.16-20
Baden 3 1/2 Obligat. fl. 101	Span. 4 Ausl. Rente 58 1/2	4 Rechte Der-Alt. Thlr. 193 1/2	5 Gotthard I-III Ser. fr. 102 1/2	4 Decker v. 1854 fl. 250	20 fr. St. 16.17-21
" 4 " " fl. 101	Schw. 4 1/2 Bern v. 1877 fr. 102 1/2	6 1/2 Rhein-Stamm Thlr. 107 1/2	5 IV " " " 97 1/2	5 " v. 1860 " 500	Russ. Imperials 16.63-74
Bahnen 4 Obligat. W. 102 1/2	4 1/2 Bern 1880 fr. 100 1/2	8 1/2 Thüring. Lit. A. Thlr. 100 1/2	4 Schweiz. Central " " 102 1/2	4 Raab-Graber Thlr. 100	Sov. rians 20.30-34
Deutschl. 4 Reichsanf. W. 102 1/2	N.-Amer. 4 1/2 pr. 1891 D. 100 1/2	5 Böhm. West-Bahn fl. 249 1/2	5 Süd Lomb. Prior. fl. 102 1/2	Unverzinsliche Loose pr. Stills	Städte-Obligationen und 2
Preußen 4 1/2 Conf. W. 102 1/2	N.-Amer. 4 C. pr. 1907 D. 121	5 Gal. Karl-Ludw. B. fl. 249 1/2	3 Süd Lomb. Prior. fr. 59	Bairisch fl. 35 Loose	Industrie-Aktien.
4 1/2 Conf. W. 102 1/2	4 1/2 Deutsche R. Bauf. W. 148 1/2	5 Def. Franz-St. Bahnanf. fl. 270	5 Def. Staatsb. Prior. fl. 105	Brandenb. v. Thlr. 20 Loose	4 Karlsr. Ober v. 1879
Sachsen 3 1/2 Rente W. 82	4 Badische Bank Thlr. 118 1/2	5 Def. Süd Lombard fl. 120	3 dts. I-VIII E. fr. 76 1/2	D. fl. fl. 100 Loose v. 1864	4 Raanheimer Obl. 100 1/2
Wb. 4 1/2 Obl. v. 78/79 W. 105 1/2	5 Basler Bankverein fr. 120 1/2	5 Def. Nordwest fl. 158	3 Prior. Lit. C. 11 u. D2	Decker-Kreditloose fl. 100	4 Birsheimer " 1883 99 1/2
" 4 Obl. " " W. 102 1/2	4 Darmstädter Bank fl. 151 1/2	5 Rudolf " Lit. B. fl. 176	5 Toscan. Central fr. 94	von 1858	311.20 4 1/2 Baden-Baden "
Deisterich 4 Goldrente fl. 84 1/2	4 Disc. Kommand. Thlr. 192 1/2	5 Eisenbahn-Prioritäten	4 R. Hyp. Pf. Pf. 99 1/2	Unverz. Staatsloose fl. 100	4 Heidelberg " 99 1/2
" 4 1/2 Silber. fl. 67 1/2	5 Frankf. Bankverein Thlr. 91 1/2	4 S. fl. Ludw. B. W. 101 1/2	5 Preuss. Cent. Bod. C. ed.	Kassbacher fl. 7 Loose	4 Freiburg " 100 1/2
" 4 1/2 Papier. fl. 66 1/2	5 Frankf. Kreditanstalt fl. 261 1/2	4 Pfälz. Ludw. B. W. 101 1/2	vecl. a 110 M	Augsburger fl. 7 Loose	4 Konstanz " 99 1/2
5 Papier. v. 1881 79 1/2	5 Rhein. Kreditbank Thlr. 109	4 Elisabeth Heuerpflicht. fl. 88 1/2	4 dts. " a 100 M	Freiburger fr. 15 Loose	4 Trillingen Soinnerei o. 38. 127 1/2
Unverz. 4 Goldrente fl. 102 1/2	5 D. Effekt- u. Wechsel Bf. 127 1/2	4 " " " " fl. 92 1/2	4 1/2 D. fl. B. C. d. Anst. fl.	Railänder fr. 10 Loose	4 Carlsh. Maschinen. oto. 108 1/2
Italien 5 Rente fr. 92	4 40% einbezahlt Thlr. 127 1/2	5 Franz. Josef v. 1867 fl. 87 1/2	5 R. fl. Bod. C. ed. 3 R.	R. in. in. in. fl. 7 Loose	4 Bad. Bad. cf. ohne Bz. 127
Rumänien 5 Obl. W. 103	4 Heilberg-Sp. v. Thlr. 52 1/2	4 Gal. C. Lud. 1881 fl. 83 1/2	4 1/2 Bod. C. ed. 3 R.	Schwed. Thlr. 10 Loose	61.40 3 1/2 Deutsch. B. v. 20 1/2 Es. 168
Rußland 5 Obl. v. 1862 £	4 Hess. Ludw. Bahn Thlr. 10 1/2	5 R. R. C. v. 1881 fl. 83 1/2	4 1/2 Bod. C. ed. 3 R.	Wechsel und Sorten.	4 R. Hypoth. Bank 50 1/2
" 5 Obl. v. 1877 M.	4 Merkl. Friedr.-Franz W. 202 1/2	5 R. R. C. v. 1881 fl. 83 1/2	4 1/2 Bod. C. ed. 3 R.	Paris kurz fr. 100	bet.
" 5 1/2 Orient. W. 56 1/2	4 Merkl. Friedr.-Franz W. 202 1/2	5 D. fl. Nordwest Gold.	4 1/2 Bod. C. ed. 3 R.	Wen kurz fl. 100	168.35 5 W. it. it. it. it. 164
" 4 Conf. v. 1880 R. 70 1/2	4 1/2 Pfälz. Warbahn fl. 192 1/2	5 D. fl. Nordwest Gold.	4 1/2 Bod. C. ed. 3 R.	Austerdam kurz fl. 100	163.50 4 1/2 Reichsbank Disc. 4 1/2
		5 D. fl. Nordwest Gold.	4 1/2 Bod. C. ed. 3 R.	London kurz 1 Pf. St.	20.39 4 1/2 Frankf. Banf. Disc. 4 1/2
		5 D. fl. Nordwest Gold.	4 1/2 Bod. C. ed. 3 R.	Dafaten	9.65-69 Tendenz: sehr fest.



**Niederländisch - Amerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.**  
Directe und regelmäßige Postdampfschiffahrt zwischen  
**Rotterdam Amsterdam New-York.**

Comfortable Einrichtung.  
Abfahrt  
Nach New-York jeden **Samstag;**  
von New-York jeden **Mittwoch,**  
und monatlich einen Extra-Frachtdampfer zwischen Amsterdam und Baltimore  
Passagepreise  
Cajüte Mk. 250, — Zwischendeck Mk. 80.  
Nähere Auskunft wegen Güter-Transport und Passage erteilt  
(Manuscript Nr. 6079.)  
die Direction in Rotterdam, sowie  
die General-Agenten: **Rabus & Stoll, Conrad Herold und Mich. Wirsching in Mannheim; K. Schmitt & Sohn in Karlsruhe; W. Steiner in Kehl a. Rh.**

**Öffentliche Aufforderung**  
zur Erneuerung der Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten.

Diejenigen Personen, zu deren Gunsten Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten länger als 30 Jahre in den Grund- und Unterpfandsbüchern der  
**Gemeinde Hütten mit Rüttelehof, Amtsgerichtsbezirks Säckingen,**  
eingetragen sind, werden hiermit auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1860, die Vereinigung der Grund- und Unterpfandsbücher betr. (Reg. Bl. S. 213), und des Gesetzes vom 28. Januar 1874, die Mahnung bei dieser Vereinigung betr. (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 43), aufgefordert, die Erneuerung derselben bei dem unterfertigten Gewähr- und Pfandgerichte unter Beobachtung der im § 20 der Vollzugsverordnung vom 31. Januar 1874 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 44) vorgeschriebenen Formen nachzuführen, falls sie noch Ansprüche auf das Fortbestehen dieser Einträge zu haben glauben, und zwar bei Vermeidung des Rechtsnachtheils, daß die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge gestrichen werden.  
Dabei wird bekannt gemacht, daß ein Verzeichnis der in den Büchern genannter Gemeinde seit mehr als dreißig Jahren eingeschriebenen Einträge in dem Gemeindehause dahier zur Einsicht offen liegt.  
Hütten, den 15. Januar 1884.  
Das Gewähr- und Pfandgericht. Der Vereinigungskommissär:  
Frommberg, Bürgermeister. K. Schlaefer, Rathschreiber.

**Öffentliche Aufforderung**  
zur Erneuerung der Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten.

Diejenigen Personen, zu deren Gunsten Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten länger als 30 Jahre in den Grund- und Unterpfandsbüchern der  
**Gemeinde Karfan, Amtsgerichtsbezirks Säckingen,**  
eingetragen sind, werden hiermit auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1860, die Vereinigung der Grund- und Unterpfandsbücher betr. (Reg. Blatt Seite 213) und des Gesetzes vom 28. Januar 1874, die Mahnungen bei diesen Vereinigungen betr. (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 43), nochmals aufgefordert, die Erneuerung derselben bei dem unterzeichneten Gewähr- oder Pfandgerichte unter Beobachtung der in § 20 der Vollzugsverordnung vom 31. Januar 1874 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 44) vorgeschriebenen Formen nachzuführen, falls sie noch Ansprüche auf das Fortbestehen dieser Einträge zu haben glauben, und zwar bei Vermeidung des Rechtsnachtheils, daß die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge gestrichen werden.  
Dabei wird bekannt gemacht, daß ein Verzeichnis der in den Büchern genannter Gemeinde seit mehr als dreißig Jahren eingeschriebenen Einträge in dem Gemeindehause zur Einsicht offen liegt, wobei zugleich darauf noch aufmerksam gemacht, daß diese öffentliche Verfügbung der Mahnung als Zustellung an Alle, auch die bekannten Gläubiger gilt.  
Karfan, den 16. Januar 1884.  
Das Gewähr- und Pfandgericht. Der Vereinigungskommissär:  
Bürgermeister Friedrich. Fritsche, Rathschreiber.

**Bürgerliche Rechtspflege.**  
Öffentliche Zustellungen.

C. 275.2. Nr. 446. Karlsruhe.  
Der Mechaniker Jakob Streib zu Karlsruhe, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Binz, klagt gegen seine Ehefrau, Veronika, geb. Behr, zur Zeit an unbekanntem Orten abwesend, wegen Ehebruchs und grober Vernachlässigung durch bösslichen Verlassen, L.R.S. 229 und 231, mit dem Antrage auf Ausspruch der Ehescheidung, und ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die I. Civilkammer des Großh. Landgerichts zu Karlsruhe auf.  
Dienstag den 1. April 1884, Vormittags 8 1/2 Uhr,  
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.  
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Karlsruhe, den 15. Januar 1884.  
Gerichtsschreiber  
des Großh. bad. Landgerichts.  
C. 285.1. Civ. Nr. 193. Karlsruhe.  
Kaufmann Max Ettlinger von Karlsruhe, vertreten durch Rechtsanwalt Boeckh, klagt gegen den Hausierer Peter Panian aus Kroin (Deisterich), z. Zt. an unbekanntem Orten abwesend, aus Waarenkauf, mit dem Antrage auf Verurtheilung des Beklagten zur Zahlung von 449 Mark 87 Pf., nebst 6% Zins vom Zustellungstag, sowie zur Tragung der Kosten des Rechtsstreits und des vorausgegangenen Arrestverfahrens. Derselbe ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Karlsruhe auf.  
Dienstag den 4. März 1884, Vormittags 10 Uhr.  
Zum Zweck der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Karlsruhe, den 17. Januar 1884.  
Gerichtsschreiber  
des Großh. bad. Amtsgerichts.  
B. 676.1. Nr. 521. Fabr. Georg Blig in Dirglingen klagt gegen den

Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht Etttenheim zu dem auf  
Dienstag den 4. März 1884, Vormittags 8 Uhr,  
bestimmten Termin.  
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Etttenheim, den 11. Januar 1884.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Der Gerichtsschreiber:  
F. Decherer.

B. 654.2. Nr. 453. Waldkirch. Die Firma S. Bloch und Sohn in Haslach im Kinzothal klagt gegen den Karl Ved, Fuhrmann von Oberwinden, zur Zeit unbekannt wo, auf Zahlung von 270 Mark aus Pferdeverkauf vom 9. Oktober 1883, mit dem Antrage auf Verurtheilung des Beklagten zur Zahlung des genannten Betrags, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht Waldkirch zu dem auf  
Mittwoch den 20. Februar 1884, Vormittags 8 1/2 Uhr,  
bestimmten Termin.  
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Waldkirch, den 15. Januar 1884.  
Der Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts: Frey.

**Aufgebote.**  
B. 623.3. Nr. 703. Donaueschingen. Der Karl Seltenreich, „Zum Adler“ dahier hat das Aufgebot bezüglich des Einlageheims der Weisen- und Sportasse hier vom 1. Juli 1874, Nr. 29.687, über eine Einlage von 500 Gulden beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird auf Anordnung des Gr. Amtsgerichts hier aufgefordert, spätestens in dem auf  
Dienstag den 19. Februar 1884, Vormittags 9 Uhr,  
vor dem Großh. Amtsgericht hier anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird.  
Donaueschingen, 8. Januar 1884.  
Gerichtsschreiber  
des Großh. bad. Amtsgerichts:  
Willi.

C. 202.2. Civ. Nr. 437. Karlsruhe. Katharina Ziegler lebige von Ulm, vertreten durch Rechtsanwalt Robert Feipheimer alda, hat das Aufgebot des badischen 35-fl. Koofes, Serie 369 Nr. 18413, dessen Besitz und Verlust glaubhaft gemacht wurde, beantragt. Der Inhaber dieses Koofes wird aufgefordert, spätestens in dem auf  
Dienstag den 26. August 1884, Vormittags 10 Uhr,  
vor dem Großh. Amtsgericht hier selbst (I. Stock, Zimmer Nr. 1) bestimmten Termin seine Rechte anzumelden und das fragliche Loos vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung desselben erfolgen wird.  
Karlsruhe, den 6. Januar 1884.  
Gerichtsschreiberei  
des Großh. bad. Amtsgerichts:  
W. Franl.

B. 640. Nr. 421. Mannheim. Im Hinblick auf § 824 ff. C.P.R. Ord. und § 705 des Einf. Ges. zu den R.F.G. wird folgendes  
**Aufgebot**  
erlassen:  
Bäder Johann Julius Leber von Petersthal, zur Zeit in Ludwigsbafen a. Rh., hat das Aufgebot eines von ihm angelegten verlorenen Sparkastensbuches, ausgegeben von der Stadt Mannheim, beantragt. Das Sparkastensbuch weist ein Guthaben des Antragstellers an die Sparkasse von 150 M. aus und trägt die Bezeichnung: Conto Nr. 21346 Ltr. D.  
Der Inhaber dieses Buches wird aufgefordert, spätestens im Aufgebotsstermin seine Rechte bei diesem Gericht anzumelden und das Buch selbst vorzulegen, widrigenfalls dasselbe für kraftlos erklärt würde.  
Donnerstag, 21. August 1884, Vormittags 8 1/2 Uhr,  
vor dem Großh. Amtsgericht II dahier bestimmt.  
Mannheim, den 4. Januar 1884.  
Der Gerichtsschreiber  
des Großh. bad. Amtsgerichts:  
F. Meier.

B. 662.1. Nr. 364. Ueberlingen. Die kathol. Pfarrei Seefelden besitzt nachbezeichnete Grundstücke, worüber ihr Erwerbserfordernisse sind:  
a. Auf Gemarkung Oberhül-  
dingen:  
1. Lagerbuch Nr. 250: 50 a 97 qm Hofraithe, Garten u. Streuland, neben Karl Werner und Johann Weiß in Seefelden.  
2. Lagerbuch Nr. 253: 7 a 67 qm Hofraithe u. Garten, neben Karl Werner und der Pfarrei.  
3. Lagerbuch Nr. 167: 35 a 93 qm Ackerfeld in der Neuhalden, neben der Straße und mehreren Rebbesitzern.  
4. Lagerbuch Nr. 192: 25 a 35 qm Ackerfeld im Neulath, neben Josef Bollmann und der Standesherrschaft Salem.  
5. Lagerbuch Nr. 253: 3 ha 55 a 32 qm Ackerland und Hausgarten im unteren Stocken, neben Leop. Abner, Standesherrschaft Salem und Karl Werner.  
6. Lagerbuch Nr. 299: 56 a 10 qm Ackerland, Wiese und Streuland

in Seeawiesen, neben der Standesherrschaft Salem und Leo Werner.  
b. Auf Gemarkung Deisenhof:  
7. Plan 9 Nr. 222: 1 ha 85 a 57 qm Wiese, einerl. Grundstücke Nr. 220 u. 221, anderl. Gemarkung und Grundstücke Nr. 219 u. 223.  
8. Plan 9 Nr. 224: 4 a 9 qm Weg, einerl. Grundstück Nr. 223, andererseits Grundstück Nr. 225.  
9. Plan 10 Nr. 234: 1 ha 41 a 73 qm Wiese, einerl. Grundstücke Nr. 223 u. 235, anderl. Gemarkungsgrenze gegen Tüfingen und Oberhül-  
dingen.

Es werden deshalb alle Diejenigen, welche an den genannten Liegenschaften in den Grund- und Pfandbüchern nicht eingetragen, oder sonst nicht bekannte dingliche oder auf einem Stammguts- oder Familienguts-Verbande beruhende Rechte haben oder zu haben glauben, aufgefordert, solche längstens in dem auf Samstag den 29. März d. J., Vormittags 10 Uhr,  
stattfindenden Aufgebotsstermin geltend zu machen, widrigenfalls dieselben für erloschen erklärt würden.  
Ueberlingen, den 9. Januar 1884.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Gerichtsschreiber  
Fromberg.

B. 666.1. Nr. 919. Baden. Der Heiligenfond Balg besitzt in der Gemeinde Balg folgende Liegenschaften:  
1. Plan 10, Güter-Nr. 2040.  
1 Hektar 53 Ar 27 Meter Acker und Wiesen auf der Steinbühlermatt, einerl. Xaver Rüdinger und Aufhäuser, anderl. Josef Kobr, Dionys Burgard u. Anton Meisel.  
2. Plan 7, G.-Nr. 1418.  
87 Ar 84 Meter Wiesen auf der Haselmatt, einerl. Heiligenfond Dos, anderl. Nikolaus Pfleger Witwe.  
3. Plan 3, G.-Nr. 127.  
18 Ar 81 Meter Acker auf dem Hinterfeld, einerl. Josef Pfleger alt, anderl. Moriz Jung. Und ebenso  
Die kath. Pfarrei Balg.  
Plan 2, Grundstück-Nr. 267.  
34 Ar 56 Meter Wiesen, einerl. Nikolaus Gelter, anderl. Heinrich Danl.  
Es werden nun alle Diejenigen, welche in den Grund- u. Unterpfandsbüchern nicht eingetragen, oder auch sonst nicht bekannte dingliche oder auf einem Stammguts- oder Familiengutsverbande beruhende Rechte an diesen Liegenschaften besitzen, aufgefordert, dieselben in dem auf  
Samstag den 15. März 1884, Vormittags 9 1/2 Uhr,  
(Geschäftszimmer des Großh. Herrn Oberamtsrichter Mallebren), festgesetzten Termine anzuzeigen, widrigenfalls dieselben für erloschen erklärt würden.  
Baden, den 11. Januar 1884.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Gerichtsschreiber:  
Frey.

B. 653.2. Nr. 532. Weinheim. Großh. Amtsgericht hat unterm heutigen folgendes Aufgebot erlassen:  
Die Ehefrau des Wagners Peter Haber, Barbara, geb. Bleyer von Kitzelsbach, besitzt auf der Gemarkung Kitzelsbach nachbezeichnete Liegenschaften, deren Eigenthumsverwerb im Grundbuch genannter Gemeinde nicht eingetragen ist:  
1. Ein Viertel Acker und Wingert im Göffel, einerl. des Valentin Lohpfeiler, anderl. des Jakob Böhler.  
2. zwei Viertel Wingert im Böcher, einerl. des Weg, anderl. des Adam Bergmann.  
Auf Antrag werden nun alle Diejenigen, welche an die bezeichneten Grundstücke in den Grund- und Pfandbüchern nicht eingetragen, oder auch sonst nicht bekannte dingliche, oder auf einem Stammguts- oder Familiengutsverbande ruhende Rechte haben oder zu haben glauben, aufgefordert, solche spätestens bis zu dem am  
Freitag dem 21. März d. J., Vormittags 10 Uhr,  
vor Großh. Amtsgericht dahier anberaumten Aufgebotsstermin anzumelden, widrigenfalls die nicht angemeldeten Ansprüche für erloschen erklärt würden.  
Weinheim, den 14. Januar 1884.  
Der Gerichtsschreiber  
des Großh. bad. Amtsgerichts:  
Fahrländer.

**Konkursverfahren.**  
B. 674. Nr. 1037. Waldshut. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Rudolf Wayer von Waldshut wurde, da derselbe den Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt hat und die Zahlungsunfähigkeit des Gemeinschuldners glaubhaft gemacht ist, heute den 15. Januar 1884, Abends 5 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Waisenrichter Theodor Bornhauser von Waldshut wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis Mittwoch, 27. Februar d. J., bei dem Gerichte anzumelden. Es wurde zur Beschlußfassung über die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 d. R. Ord. bezeichneten Gegenstände auf Mittwoch den 6. Februar d. J., Vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Mittwoch den 12. März d. J., Vormittags 9 Uhr, vor Gr. Amtsgericht hier selbst Termin anberaumt. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig

sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestize der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis 27. Februar d. J. Anzeige zu machen. Waldshut, den 15. Januar 1884.  
Der Gerichtsschreiber  
des Gr. Amtsgerichts: Tröndle.

B. 679. Nr. 545. Waldkirch. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bierbrauers Josef Dörner von Deuweiler hat das Großh. Amtsgericht Waldkirch heute beschloffen: An Stelle des Alt-Bürgermeisters Fr. Scherzinger von Deuweiler als Konkursverwalter ernannt. Waldkirch, den 17. Januar 1884.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
Der Gerichtsschreiber:  
Frey.

B. 678. Nr. 1261. Bruchsal. In dem Konkursverfahren über den Vermögensnachlass der Josefa Wabl Wittwe, Josefa, geb. König in Bruchsal, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf: Montag den 28. Januar 1884, Vormittags 9 1/2 Uhr,  
vor dem Großh. Amtsgericht hier selbst anberaumt.  
Bruchsal, den 12. Januar 1884.  
Rittelmann,  
Gerichtsschreiber  
des Großh. bad. Amtsgerichts.

B. 682. Nr. 671. Triberg. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Holzhändlers Charles Suflet in Triberg wurde durch Beschluß des Großh. Amtsgerichts hier durch Beschluß des Amtsgerichts hier durch Beschluß vom 12. November d. J. angenommene Zwangsversteigerung rechtskräftig bestätigt und die Schlussrechnung genehmigt wurde, aufgehoben.  
Triberg, den 15. Januar 1884.  
Der Gerichtsschreiber  
des Großh. bad. Amtsgerichts:  
Kopp.

**Vermögensabfindung.**  
B. 670. Nr. 418. Freiburg. Die Ehefrau des Landwirths Xaver Pachmann, Josefine, geb. Kunzer von Kemzingen, hat gegen ihren Ehemann Klage auf Vermögensabfindung bei der III. Civilkammer des Großh. Landgerichts Freiburg erhoben und ist der Termin zur Verhandlung dieser Klage auf Freitag den 29. Februar d. J., Vormittags 8 1/2 Uhr,  
bestimmt.  
Freiburg, den 17. Januar 1884.  
Der Gerichtsschreiber  
des Großh. bad. Landgerichts:  
Bertram.

**Steigerungs-  
Ankündigung.**  
In Folge richterlicher Verfügung werden die zur Konkursmasse des Kaufmanns Moriz Maier senior dahier gehörigen Waaren und Fabrikate am  
**Montag dem 21. Januar d. J.,  
Morgens 9 Uhr anfangend,**  
im Hause des Gemeindefiskus (rothe Häuser Nr. 227) gegen Baarzahlung öffentlich versteigert:  
Verschiedene Ladenwaaren, als:  
Cigaretten, Tabak, Zucker, Kaffee, Reis, Gerste, Knebeln, Gemüze, Wäsche, Seife, Seiden u. Fäden, Wolle und Baumwolle, Bänder, Knöpfe und sonst verschiedene Waaren, sodann  
1 Dutzend, verschiedene vieredrige Tische, 1 Sofa mit 6 gepolsterten Sesseln, 1 Schreibtisch, 2 Uhren, 1 Violoncell, 1 Pianoforte, 3 Brandkästen, 1 eiserne Kaffeemaschine, verschiedene Bilder, Teppiche, Vorhänge, Blumenvasen, Silbergeschirr u. Schmuckstücke, Betten u. Wäsche, 1 Pelzgarment, 1 silberne u. 1 goldene Uhr, 1 Wanduhr, Glas und Porzellan, Erdgläser, verschiedene Flaschen, Del und Erdöl, verschiedene Waagen mit Gewicht, 1 Dezimalwaage, 1 Kopirpresse, 1 Kaden-einrichtung, Cigarettenboxen, 1 Hobelbank nebst Handwerkszeug, Rifen und sonst verschiedene Hausrath.  
Rastatt, den 16. Januar 1884.  
Der Konkursverwalter:  
F. Müller.

**Großh. Bad. Staats-  
Eisenbahnen.**  
Mit höherer Ermächtigung verzeihen wir die Lieferung nachstehender Oberbaumaterialien:  
1. 1000 Stück Vollschienen aus Bessmerstahl, 4,5 m lang, für Weichenanlagen,  
2. 8000 Stück fluss- oder schweiß-eiserne Weichenquerswellen, 2,25 - 4,0 m lang.  
Angebote sind schriftlich, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, spätestens bis **23. Januar d. J., Vormittags 10 Uhr**, anber zu reichen, wo auch die Lieferungsbedingungen, bezüglichen Zeichnungen und das Verzeichnis der zur Vergabe gelangenden Schwellen auf vorstehende Anfrage abzugeben werden.  
Die Soumissionsergebnisse werden im Deutschen (Berliner), im Allgemeinen (Stuttgarter) u. im Straßburger Soumissionssanzeiger f. Zt. veröffentlicht.  
Karlsruhe, den 11. Januar 1884.  
Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahn-  
Magazine.